



Moderiert von Radio-L-Journalistin Petra Matt zog Regierungschef Adrian Hasler gestern im Foyer des Vaduzer Rathausaals Bilanz und beantwortete zahlreiche Fragen aus dem Publikum. (Fotos: Vollmar)

# Regierungschef Hasler: «Wir dürfen nicht jede Idee im Keim ersticken»

**Persönlich** «Zuhören, beteiligen, anpacken»: Unter diesem Motto zog Adrian Hasler gestern zum bereits dritten Mal Bilanz über die bisherige Regierungsarbeit und beantwortete die brennendsten Fragen der Anwesenden.

VON MICHAEL BENVENUTI

Waren die ersten beiden Bürgergespräche noch sehr gut besucht, fand die gestrige Ausgabe im Vaduzer Saal in einem etwas intimeren Rahmen statt. Offensichtlich gebe es in der Bevölkerung kaum noch Fragen an die Entscheidungsträger in der Politik, kommentierte Regierungschef Adrian Hasler das verhaltene Interesse und den spontanen Umzug ins Foyer des Vaduzer Rathausaals mit Humor. Wobei: Zu lachen war ihm gestern nicht wirklich zumute. Die Meldung aus Brüssel, dass Liechtenstein wieder auf einer schwarzen Liste aufscheint, sorgte beim Regierungschef für «massive Irritation». Auf die Frage von Moderatorin Petra Matt, was die EU zu diesem Schritt bewegen habe, antwortete Hasler: «Das frage ich mich

auch. Ich bin schon gespannt, wie die EU-Kommission das rechtfertigt.» Bestimmendes Thema des gestrigen Abends waren aber die aktuelle Situation am Wirtschaftsstandort Liechtenstein, die Auswirkungen des starken Frankens auf die heimischen Unternehmen und deren Reaktion: Einführung von Euro-Löhnen, Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer. Die Entwicklung sei unerfreulich, er verstehe den Frust der Betroffenen, betonte Regierungschef Adrian Hasler. Dennoch sehe er es kritisch, sich in privatrechtliche Verträge einzumischen und gewisse Massnahmen zu verbieten. «Als Konsequenz hätte Ospelt dann eventuell das gesamte Werk schliessen müssen und 400 Arbeitsplätze wären verloren gewesen», hielt Hasler fest.

## Handeln statt schlechtreden

Wobei sich die Lage für die heimischen Unternehmen ohnehin weiter verschärfen dürfte - Stichwort Masseneinwanderungsinitiative. Noch sei völlig offen, wie die Schweiz diese Initiative umzusetzen gedanke, sagte Hasler: Entscheidet jeder Kanton selbst, wie gross werden die Kontin-

gente? Von der Umsetzung in der Schweiz sei Liechtenstein direkt betroffen: «Entweder müssen wir die Grenzländer dann in Zukunft vermehrt in Vorarlberg und Süddeutschland ansiedeln oder über eine Öffnung der Zuwanderung diskutieren.» Ein unbequemes, aber sehr wichtiges Thema. Ein Thema, worüber diskutiert werden müsse, forderte Hasler: «Wir müssen uns Gedanken über die Zukunft des Landes machen. Wie soll sich Liechtenstein entwickeln? Soll es ländlich bleiben oder urban werden?»

Um solche Fragen zu beantworten, initiierte Hasler im letzten Jahr auch das U30-Forum: «Ich will jungen Menschen eine Plattform bieten für ihre Gedanken und Ideen zur Zukunft unseres Landes. Daraus können wir dann die richtigen Schlüsse für die Politik der Zukunft ziehen.» So positiv und belebend Hasler diese Zusammentreffen mit der jungen Generation erlebt, so negativ beurteilt er die aktuelle Miesmacherei im Land. «Es wird von Anfang an alles nur schlecht gemacht, die Stimmung wird vergiftet», monierte der Regierungschef. Ob Sechseläuten, Olma oder Schatzkammer - sofort hätten

negative Schlagzeilen dominiert. Das müsse aufhören, so Hasler: «Wir dürfen nicht jede Idee und Initiative im Keim ersticken. Lasst uns gemeinsam mit Mut und Zuversicht die Zukunft des Landes gestalten.»

## Rosarote Koalition und Wahlkampf

Natürlich durfte gestern auch ein kurzer Ausflug in die Innenpolitik nicht fehlen, samt Seitenhieb auf die rosarote Koalition zwischen VU und Freier Liste. Dass der VU-Präsident und die Landtagsmehrheit der Union 9 Millionen Franken, die man nicht habe, verteilen wollten, könne er noch immer nicht nachvollziehen, kritisierte Hasler: «Das war völlig daneben.» In der Regierung sei von Spannungen aber noch nichts zu spüren, erklärte der Regierungschef: «Ich hoffe, dass wir noch mindestens ein Jahr konstruktiv weiterarbeiten. Es wäre wichtig, dass wir nicht jetzt schon in den Wahlkampf einsteigen.»

## Herausgepickt

DBA mit der Schweiz wird am 10. Juli unterzeichnet

Wie Andrian Hasler am Rande des gestrigen Abends ausführte, wird das bereits paraphierte DBA mit der Schweiz am 10. Juli in Vaduz unterzeichnet.

«Lasst uns gemeinsam mit Mut und Zuversicht die Zukunft des Landes gestalten.»

ADRIAN HASLER  
REGIERUNGSCHEF

## Umfrage Wie beurteilen Sie die Veranstaltung des Regierungschefs?



«Ich finde es sehr wichtig und informativ, dass der Regierungschef die Möglichkeit zum direkten Kontakt bietet und auch unangenehme Fragen offen und geradlinig beantwortet.»

JOHANNA NOSER  
ESCHEN



«Für mich sind solche Veranstaltungen sehr informativ und einzigartig. In welchem anderen Land werden die Bürger persönlich vom Regierungschef über die aktuellen Themen in Kenntnis gesetzt?»

ADI BLANK  
GAMPRIN



«Ich bin sehr erstaunt, wie offen sich Regierungschef Hasler den Fragen der Basis stellt. Das zeigt mir, dass er nicht nur auf der oberen Etage politisiert, sondern die Sorgen und Nöte des Volks sehr ernst nimmt.»

WALLY FROMMELT  
SCHAAN

# Adrian Hasler: «Diesen Vorwurf weisen wir mit Vehemenz zurück»

**Interview** Regierungschef Adrian Hasler nahm gestern gegenüber Radio L Stellung zum überraschenden Aufscheinen Liechtensteins auf der schwarzen Liste der EU-Kommission. Ein Protokoll.

Jahrelang war Liechtenstein verschwunden von den schwarzen Listen, die Steueroasen brandmarken. Jetzt steht das Land plötzlich wieder auf einer solchen. Wie haben Sie davon erfahren? Wie überraschend kommt das für Sie? Adrian Hasler: Für uns kam das sehr überraschend. Wir haben am Dienstag erstmals mitbekommen, dass Liechtenstein wieder aufscheinen wird. Und ich muss sagen: Wir sind sehr irritiert, wirklich sehr irritiert. Das entspricht in keinsten Art und Weise der Zusammenarbeit, die wir mit der EU pflegen.

Was bedeutet denn der Eintrag auf dieser Liste konkret für Sie? Das ist jetzt noch schwierig zu sagen. Aus meiner Sicht hat es sicher einen negativen Aspekt: Dabei geht

es um die Reputation des Landes. Dass Liechtenstein schon wieder genannt wird, als Land, als Steueroase, die hier schädlichen Steuerwettbewerb betreiben soll. Wie gesagt: Diesen Vorwurf weisen wir mit Vehemenz zurück.

Der Vorwurf besteht ja darin, dass Liechtenstein es Unternehmen ermöglichen, Steuern zu sparen. Mit Absprachen zwischen Firmen und Behörden, die eben nicht den internationalen Standards entsprechen. Fühlen Sie sich angesprochen von diesem Vorwurf? Nein, man muss sich ja in Betracht ziehen, wie die Liste zustande gekommen ist. Nämlich, indem einzelne Staaten gemeldet haben, welche Länder sie auflisten wollen im Zusammenhang mit fehlendem Informationsaustausch. Sei es ein fehlendes TIEA oder DBA. Und wenn man genau schaut, welche Länder Liechtenstein gelistet haben, kommt man ins Staunen: Die wichtigen Länder sind nicht dabei, es waren andere (siehe Kasten am Textende). Dass man dann so plötzlich in dieser Form als Land auf eine schwarze Liste gesetzt beziehungsweise an den

«Wir sehen (...) auch ganz klar die Diskriminierung, die immer noch vielerorts gegenüber Liechtenstein besteht und erachten sie als völlig ungerechtfertigt.»

ADRIAN HASLER  
REGIERUNGSCHEF

Pranger gestellt wird, finde ich völlig daneben.

Von welchen Ländern wurden Sie denn an den Pranger gestellt?

Das kann man im Internet nachsehen. Es handelt sich zum Teil um osteuropäische Staaten, auch Griechenland. Ebenso baltische Länder. Aber die grossen Nationen, wie etwa Deutschland oder Grossbritannien, haben uns nicht gelistet.

Fühlen Sie sich als Finanzminister und als Verantwortlicher für die Steuerpolitik Liechtensteins nun unter Druck gesetzt? Haben Sie das Gefühl, dass nun etwas geändert wer-

den muss? Noch ist dieser Eintrag auf der schwarzen Liste ja nicht mit einer Sanktion belegt.

Nein, ich denke bei uns muss es darum gehen, die Zusammenarbeit mit der EU in Steuerfragen weiter voranzutreiben. Wir sind ja regelmässig in Kontakt. Auch wegen des automatischen Informationsaustausches. Ausserdem wegen dem sogenannten Code of Conduct, genau da geht es um Steuerfragen, um schädlichen Wettbewerb. Und wir haben uns immer offen gezeigt. Gerade weil wir immer in Kontakt sind, ist es für Liechtenstein sehr überraschend, dass die EU-Kommission nun mit einer solchen Information kommt - und Liechtenstein auf eine Liste gerechtfertigt an.

Haben Sie das Gefühl, dass es mit den angesprochenen Konsultationen möglich ist, Liechtenstein wieder von der Liste zu entfernen?

Das wird sich jetzt zeigen. Die EU-Kommission argumentiert ja damit, dass sie eine Übersicht über jene Länder gemacht hat, die Listen führen, und wenn man da entsprechend oft erwähnt wird, ist man auf diese

Liste gekommen. Wir arbeiten natürlich daran, dass wir entsprechende Abkommen abschliessen können - ich erinnere zum Beispiel an das jüngste Abkommenspaket mit Italien. Aktuell sind wir zwar noch auf der schwarzen Liste, aber das wird sich rasch ändern. Und unser Bestreben ist es natürlich, auch von dieser schwarzen Liste wegzukommen. Wir sehen aber auch ganz klar die Diskriminierung, die immer noch vielerorts gegenüber Liechtenstein besteht und erachten sie als völlig ungerechtfertigt - weil wir unsere Aufgaben gemacht haben. Wir haben in vielen Bereichen deutliche Fortschritte gemacht. Wir sind ja bereit zum automatischen Informationsaustausch. Und das muss auch die EU-Kommission anerkennen. (red)

## ÜBERBLICK

Die folgenden EU-Staaten haben Liechtenstein auf die schwarze Liste gesetzt: Bulgarien, Kroatien, Estland, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Polen, Portugal, Slowenien und Spanien.